



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/58 - 10.3.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Zur Wahl im Südweststaat	S. 1
Saar-Hoffmanns Illusionen	S. 3
Schleswig-Holstein - Land der Arbeitslosen	S. 5
Minister Hellwege wählt Umwege	S. 6
Zum Tode Wildermuths	S. 7

Erstarrte Fronten im Südwesten

(sp) Die Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung des neuen Südweststaates hat die traditionelle politische Stabilität dieses Raumes bestätigt. Sie stammt aus altem demokratischem Herkommen vorwiegend bürgerlicher Prägung, der besonderen wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Gebietes und vor allem den dortigen konfessionellen Gegebenheiten.

Gewisse Entwicklungstendenzen der letzten Zeit haben sich aber auch in diesem Raum deutlich, wenn auch in abgeschwächter Form, bemerkbar gemacht: Teils geringe, teils empfindliche Verluste der CDU, teils geringe, teils beachtliche Stimmengewinne der SPD, ein Stagnieren der FDP, das auch durch leichte örtliche Erfolge dieser Partei nicht vertuscht werden kann. Weiter haben die Kommunisten trotz hemmungslosester Wahldemagogie von ihren eigenen Parolen nicht profitieren können, ihr Schrumpfungsprozeß geht weiter. Das Auftauchen der SRP jenseits der Mainlinie hat, wie zu erwarten war, den Aposteln des Neofaschismus keine nennenswerten Erfolge gebracht, ihre Berührung ist auch im Ansatz mißlungen.

Was die beiden Parteien der Bonner Regierungskoalition angeht, so bleibt freilich im Hinblick auf die CDU die Tatsache bestehen, daß in den katholischen Gegenden Deutschlands der demagogische Schlachtruf: Die Religion ist in Gefahr! das Urteils-

Vermögen vieler Wähler beeinträchtigt und politische Entscheidungen dadurch überlagert werden. Die FDP hat nur in Südbaden einen erheblichen Stimmenrückgang zu verzeichnen; wogegen sie sich in Nordbaden behauptet hat und in ganz Württemberg kleinere Stimmengewinne erzielen konnte.

Erfolge in allen vier Stimmbezirken hat allein die Sozialdemokratie für sich verbuchen können. Am schwächsten sind diese Erfolge in Nordbaden, den stärksten Stimmenzuwachs verzeichnet die SPD in Nordwürttemberg, wo sie seit 1949 wesentlich aufholen und ihre unbestritten führende Position erfolgreich behaupten konnte. Aber auch in Südwürttemberg und Südbaden hat sich die SPD überaus tapfer geschlagen, wobei man in Rechnung stellen muß, daß gerade diese Bezirke an Mitgliederzahl die schwächsten sind.

Für die Beurteilung des Gesamtergebnisses ist wichtig, daß die Wahlredner der Bonner Regierungsparteien überall bemüht waren, der großen außenpolitischen Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen, wenn ihnen das auch unter dem Druck der Argumente ihrer politischen Gegner nicht immer gelang. Die FDP z.B. hat in einigen der maßgebendsten Zeitungen des Gebietes Großanzeigen mit dem Inhalt veröffentlicht: Wir lassen uns nicht auf Fragen abdrängen, die mit der L a n d e s politik nichts zu tun haben!, wohl wissend, welche Gefahren für die Regierungsparteien entstehen mußten, wenn das Urteil der Wähler sich vornehmlich an den eigentlichen Schicksalsfragen und der Stellung der Regierungsparteien zu ihnen ausgerichtet hätte.

Die sozialdemokratische Forderung nach Neuwahlen im ganzen Bundesgebiet, die so schnell wie möglich stattfinden sollten, bleibt unverändert bestehen. Der Ausgang der Wahl vom 9. März nimmt ihr nichts von ihrem politischen Gewicht, wobei wir uns auf den Bundeskanzler selbst beziehen können, der an diesem 9. März in Hannover zu Beginn seiner Rede auf dem Landesparteitag der niedersächsischen CDU erklärt hat, man dürfe aus dem Votum von vier Millionen Wählern im Südweststaat nicht darauf schließen, wie die 30 Millionen Wähler im ganzen Bundesgebiet 1953 abstimmen werden.

Es wäre also falsch, wollte man in dem Ergebnis dieser Wahl eine Rechtfertigung der Adenauerschen Remilitarisierungspolitik sehen. Würde die Bundesregierung von dieser unzutreffenden Annahme ausgehen und mit ihr propagandistisch operieren, so machte sie sich einer Selbsttäuschung, vor allem aber, was schwerer wiegt, einer Irreführung der Bevölkerung schuldig.

Neuer Schlag gegen Adenauers Saarpolitik

xxx - Saarbrücken

Der Saarländische Landtag hat vergangene Woche ein Gesetz über die Ratifizierung des Schuman-Planes in zweiter und dritter Lesung gegen drei Stimmen und bei einer Stimmenthaltung angenommen. Gegen das Gesetz stimmten außer den kommunistischen Abgeordneten die beiden SPB-Abgeordneten Conrad und Etienne, die gefordert hatten, daß die Saarregierung jeweils ihre Zustimmung geben muß, bevor Frankreich in einem Gremium des Schuman-Planes einer Entscheidung zustimmt, die die Saarwirtschaft berührt. Sie waren mit dieser Forderung nicht durchgedrungen, weil die "Vorkämpfer der Saarautonomie" in der SPS sie als für Frankreich unzumutbar ablehnten.

In dem Zustimmungsgesetz ist die Forderung auf baldmöglichste selbständige Vertretung der Saar in den Schuman-Plan-Gremien enthalten. In einem ihm beigelegten Briefwechsel sind die Vertretungsbefugnisse Frankreichs für die Saarwirtschaft im Einzelnen geregelt. Danach hat die Saarregierung nur beratende Funktion. Vorgesehen ist, daß dem französischen Vertreter im Ministerrat der Montan-Union ein saarländischer Berater beigegeben wird, daß in der Beratenden Versammlung drei Saarländer in der französischen Delegation einbegriffen sind und daß Frankreich für die Saar klagt, wenn die Saarregierung gegen eine Entscheidung oder Empfehlung der Hohen Behörde Einspruch erhebt. Die beiden SPB-Abgeordneten erinnerten in der Begründung ihrer Haltung insbesondere an die Vorenthaltung der der Saarwirtschaft zustehenden Marshallplan-Gelder in Höhe von nahezu 30 Mrd frs und an die einseitige Auslegung der Saar-Konventionen zugunsten Frankreichs.

Der Tenor der Reden von Hoffmann und Kirn war eine Unterstützung des französischen Standpunktes, nach dem das Saargebiet auf jeden Fall den Wirtschaftsanschluß an Frankreich und die sogenannte politische Autonomie beibehalten soll. Damit bekundeten sie auch ihren Willen, die Saar für immer von der deutschen Bundesrepublik politisch zu trennen. Besonders der SPB-Abgeordnete Kirn machte die Bundesrepublik für die "nahezu koloniale Abhängigkeit der Saar

von Frankreich" im Rahmen des Schuman-Planes verantwortlich und forderte die Bundesregierung auf, in einer mit Frankreich zu treffenden Vereinbarung der selbständigen Vertretung des sogenannten "Saarstaates" im Schuman-Plan zuzustimmen. Das ist nach Auffassung der Saarpolitiker keine Forderung, die einer Präjudizierung der endgültigen Regelung der Saarfrage gleichkommen würde. Man ist in Saarbrücken anscheinend schon so sehr mit Blindheit geschlagen, daß man allen Ernstes annimmt, eine solche Lösung sei denkbar. Sie ist nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für die anderen Partner des Schuman-Planes nicht zu akzeptieren, weil man mit einem Gebiet, das völkerrechtlich zu Deutschland gehört und dessen Eigenstaatlichkeit durch nichts fundiert ist, keine Verträge schließen kann. Es heißt doch, die Dinge auf den Kopf stellen, wenn beispielsweise Herr Kirn die Bundesrepublik für die Abhängigkeit der Saar von Frankreich verantwortlich machen möchte. Dieser Versuch ist zu fadenscheinig, um die eigene unheilvolle Separationspolitik, die das Saargebiet zum Protektorat Frankreichs degradierte, damit verdecken zu können. Diejenigen, die heute die Verantwortung für das Protektoratsverhältnis gerne loswerden möchten, haben durch ihre bedingungslose Unterstützung des französischen Standpunktes alles getan, um es zu schaffen.

Die Ambitionen der Hoffmann und Kirn, die anlässlich der durch nichts zu rechtfertigenden und einem Theaterspiel gleichkommenden Schuman-Plan-Ratifizierung im Saar-Landtag zutage traten, beweisen, daß man in Frankreich und bei den frankophilen Saarpolitikern dem zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem französischen Außenminister Schuman anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages geführten Briefwechsel über die Saar nicht die Bedeutung beimißt, welche die Bundesregierung darin zu erkennen glaubte. Der jetzige Versuch der Saarpolitiker, durch die Hintertür doch noch Schuman-Plan-Partner zu werden, beweist, daß die ungeklärte Saarfrage ein triftiges Argument gegen die Ratifikation des Montan-Union-Gesetzes im Bundestag war. Die SPD hat davor gewarnt, die Saarfrage im Hinblick auf den Schuman-Plan zu unterschätzen und das Planwerk zu ratifizieren, bevor Frankreich sein Faustpfand an der Saar aufgegeben hat. Der Herr Bundeskanzler wird nun, nachdem er auf diese Warnungen nicht gehört hat, die unangenehme Aufgabe haben, sich mit den in Saarbrücken geäußerten Wünschen, die zweifellos von Frankreich unterstützt werden, erneut auseinandersetzen.

Schleswig-Holstein - Land der Arbeitslosen

H.L. Wir haben im Bundesgebiet immer noch durchschnittlich anderthalb Millionen Arbeitslose; zurzeit sind es sogar 1,8 Millionen. Das braucht nicht zu sein. In verschiedenen Teilen des Bundesgebietes mangelt es zeitweilig an Arbeitskräften, besonders an Facharbeitern. Unzählige Überstunden könnten erspart werden, und auch manche Feiertagschicht wäre entbehrlich, wenn der Wirtschaftsprozess besser gesteuert und die Dauerarbeitslosen planmäßig über das ganze Bundesgebiet verteilt würden.

In Schleswig-Holstein ist mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen bereits länger als ein Jahr ohne Arbeit und Verdienst. Jeder weiß, welche politische Gefahr sich hinter dieser Feststellung verbirgt. Das Scheitern der Umsiedlung ist nicht nur arbeitsmarktpolitisch von größter Bedeutung. Arbeitslosigkeit kann immer nur in Verhältniszahlen gemessen werden. Größere Länder haben natürlich immer höhere Zahlen, ob es sich nun um Einwohner oder Arbeitslose, um Schornsteine oder Gaststätten handelt. Die gleiche absolute Zahl von Arbeitslosen kann in einem großen Land eine Arbeitslosigkeit von fünf v.H. bedeuten, während es in einem kleinen Land vielleicht 20 v.H. sein würden.

Eine statistische Arbeitslosigkeit von drei bis fünf vom Hundert hat wenig Gewicht (namentlich in winterlicher Jahreszeit) und bedeutet praktisch, daß in dem betreffenden Land Vollbeschäftigung herrscht. Eines solchen Glückes erfreuen sich seit längerer Zeit zwei wesentliche Gebiete: Nordrhein-Westfalen und der künftige Südweststaat (Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden). Ihre geringen Arbeitslosenzahlen zu registrieren, ist in diesem Zusammenhang entbehrlich. Dies vorausgeschickt, ergibt sich für die Gegenwart, daß das Hauptflüchtlingsland Schleswig-Holstein auch Ende Januar bei weitem die größte Arbeitslosigkeit hatte, nämlich 24,7 v.H. Mit immerhin beachtlichem Abstand folgen Niedersachsen mit 18,7 und Bayern mit 16,1 v.H. Dann kommen aus besonderen (strukturellen) Gründen die Stadtstaaten Hamburg (15,7) und Bremen (13,7) und nach ihnen Hessen und Rheinland-Pfalz mit 10,3 bzw. 9,5 v.H. Der Bundesdurchschnitt war 11,2 v.H.

Die "Konservative Revolution" der DP

A.E. Unter dem Kampfruf von der "Konservativen Revolution" hatte sich vor der Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland auf deutschem Boden alles gesammelt, was reaktionär, fortschrittsfeindlich, antiliberalistisch, antisemitisch, konservativ, allddeutsch und militaristenfreundlich war. Ein großer Teil der konservativen Revolutionäre, die sich um den Kreis von Möller van den Bruck vereint hatten, ging nach 1933 direkt zu den Nationalsozialisten über und machte dort Karriere. Was machte es schon aus, daß die von ihnen gewollte "Konservative Revolution" im schauerlichsten Fiasko der deutschen Geschichte endete. Sie wurden mitschuldig am Ausbruch des zweiten Weltkrieges und den Folgen, die er für Deutschland und die Welt gehabt hat.

Hente ertönt wieder das Schlagwort von der "Konservativen Revolution", und die Partei, die sich ihm besonders verschrieben hat, ist die Deutsche Partei des Herrn Hellwege, Inhaber eines höchst überflüssigen Bundesministeriums. Die Deutsche Partei pflegte in ihren Gründungstagen die Tradition der Welfen und es ging so weit, daß man sogar daran dachte, das ehemalige Königreich Hannover dem britischen Weltreich als englisches Dominion zuzuführen. Die Briten lehnten ab und seitdem hat die Deutsche Partei Großmachtwünsche auf deutschem Boden - die niedersächsische Heimat ist ihr zu klein geworden.

Am vergangenen Sonntag veranstaltete besagte DP ihren ersten Parteitag in Hessen. Ihr Programm? Ein Sammelsurium sich widersprechender Gemeinplätze, entnommen aus der Rumpelkammer "konservativer Revolutionäre". Aber siehe da, was sind denn das für Revolutionäre? Man sah in Frankfurt altbekannte Namen mit einem einwandfreien braunen Rekord. Es wimmelte von SS-Standartenführern, ehemaligen Kreisleitern und hohen NS-Funktionären. Der frühere Oberbürgermeister von Frankfurt, Dr. Krebs, unter dessen Herrschaft Frankfurt judenfrei gemacht worden war, saß neben Hellwege und wurde zu einem der Vorsitzenden der hessischen DP gewählt, neben einem Herrn Wollner, der ein gerütteltes Maß von Mitschuld an der sudetendeutschen Tragödie trägt, die ja nicht erst 1945, sondern schon 1938 begonnen hatte.

Die DP hatte seinerzeit nach den Landtagswahlen in Niedersachsen versucht, mit der von der Bundesregierung selbst als verfassungsfeindlich anerkannten SRP in Koalitionsgespräche zu gelangen. Die Rücksichtnahme auf das Ausland verbot die Fortsetzung dieser Bemühungen. Dafür wählt man jetzt Umwege. Unter dem Deckmantel der "Konservativen Revolution" vollzieht sich in der DP der Aufmarsch aller Unbelehrbaren, aller Todfeinde der Demokratie, die durch ihre vergangene und jetzige Haltung nicht bewiesen haben, daß sie sich geändert hätten. Die von Hellwege auf dem gleichen Parteitag geforderte "scharfe Abgrenzung gegen den Neofaschismus und Radikalismus" bleibt eine leere Phrase, ein durch die Zeitumstände noch gebotenes Lippenbekenntnis. Die Geister von gestern drängen wieder nach vorn - die deutsche Demokratie wird äußerst wachsam sein müssen, will sie nicht noch einmal erleben, von ihnen erstickt zu werden.

Zum Tode Wildermuths

(sp) Der erste Bundeswohnungsbauminister, Eberhard Wildermuth, ist am Sonntag überraschend verstorben. Damit ist ein Mann aus dem politischen Leben geschieden, dessen menschliche Anständigkeit, dessen sachliches Bemühen und dessen demokratische Zuverlässigkeit auch von der Opposition immer geschätzt wurden. Die großen Wohnungsbaugesetze, die in der Amtszeit Wildermuths vom Parlament verabschiedet wurden, sind wesentlich vom Wohnungsbauausschuß des Bundestages zu einer Zeit vorbereitet worden, als der unvergeßliche Erich Klabunde noch Vorsitzender dieses Ausschusses war.

Die Zusammenarbeit zwischen Wildermuth, dem Minister, und Klabunde, dem Wohnungsbaufachmann der Opposition, war kennzeichnend für die beiden Männer - sie war, trotz aller politischen Gegensätzlichkeit, von dem Bemühen um die Sache und von gegenseitigem Respekt getragen. Wildermuth war bis zuletzt der einzige Minister des Bundes, der das Gespräch über sein Fachgebiet mit den Fachleuten aller Parteien in Fluß hielt. Seine Stellung war dabei in seiner eigenen Partei und im Kabinett nicht immer leicht. Sicher haben auch die großen Sorgen um die Entwicklung des Wohnungsbaues im Zusammenhang mit den Kosten für den von der Regierung gewünschten Wehrbeitrag an den Kräften dieses verdienstvollen Mannes gezeit.

+ + +

Internationales Frauentreffen in Trier

(sp) Am 9.3. fand in Trier aus Anlaß des Internationalen Frauentages das erste Deutsch-Luxemburgische Treffen sozialdemokratischer Frauen seit 1932 statt. Die Delegation der Luxemburgerinnen war geführt von der Vorsitzenden der Sozialdemokratinnen Luxemburgs, Anne Clément. Auf der gut besuchten Veranstaltung der SPD-Frauen-gruppe Trier führte Mme Clément u.a. aus: "Unter den Bitternissen der Nazibesetzung unseres Landes hatten wir ganz vergessen, daß es ja auch in Deutschland tapfere Kämpfer gegen den Faschismus gegeben hat, und daß auch Ihr Schreckliches erlitten habt. Wir versprechen Euch, das nie mehr zu vergessen".

Herta Gotthelf, Frauensekretärin der SPD, rief die Frauen auf, sich aktiv am politischen Leben zu beteiligen, da es nicht genügt, den Krieg zu verabscheuen, um den Frieden zu sichern.

Diesem ersten Treffen deutscher und luxemburgischer sozialdemokratischer Frauen soll in Zukunft eine engere Zusammenarbeit folgen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau